04.04.2023

Drucksache 068/23

Abschluss einer Kooperationsvereinbarung über die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe und Planung und Steuerung der psycho-sozialen und behindertengerechten Infrastruktur

Gremium	Sitzungsdatum	Beschlussstatus	Beratungsstatus
Ausschuss für Arbeit, Soziales, Inklusion und Familie	23.05.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreisausschuss	12.06.2023	Empfehlungsbeschluss	öffentlich
Kreistag	13.06.2023	Entscheidung	öffentlich

Organisationseinheit	Arbeit und Soziales
Berichterstattung	Dezernent Torsten Göpfert

Budget	50	Arbeit und Soziales
Produktgruppe	50.03	Teilhabe und Förderleistungen
Produkt	50.03.01	Eingliederungshilfe

Haushaltsjahr	Ertrag/Einzahlung [€]
	Aufwand/Auszahlung [€]

Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt, die in der Anlage befindliche Kooperationsvereinbarung für die Leistungen der Eingliederungshilfe und der Sozialhilfe und Planung und Steuerung der psycho-sozialen und behindertengerechten Infrastruktur mit dem Landschaftsverband Westfalen- Lippe zu schließen.

Sachbericht

Gem. § 5 Abs. 1 AG SGB IX ist das Ziel der Zusammenarbeit zwischen den Trägern der Eingliederungshilfe und den Kreisen, kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden die Entwicklung inklusiver Sozialräume, um inklusive Lebensverhältnisse in Nordrhein-Westfalen zu fördern und zu stärken. Nach Satz 2 schließen die Träger der Eingliederungshilfe dazu mit den Kreisen und Kreisfreien Städten Kooperationsvereinbarungen ab.

Bereits seit dem 01.01.2011 bestand eine ähnliche Kooperationsvereinbarung nach altem Recht, welche die „Zielvereinbarung vom 01.12.2007“ ablöste. Die Gesetzesreform zur Eingliederungshilfe durch das BTHG und die damit verbundenen Änderungen in Zuständigkeit und Verfahren haben auch zu einer Änderung der Rahmenvereinbarung NRW zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und den Landschaftsverbänden geführt. Gem. § 5 der Rahmenvereinbarung NRW sind jedoch weiterhin Kooperationsvereinbarungen abzuschließen. Der vorgegebene Inhalt ist ebenda geregelt und wurde der Rahmenvereinbarung „Ö“ vom 23.07.2019 im Entwurf beigefügt.

Die von den Kommunalen Spitzenverbänden und Landschaftsverbänden ausgehandelte Mustervereinbarung wurde in folgenden Punkten an die Begebenheiten im Kreis Unna angepasst:

- Für den Bereich der Jugendhilfe ist der Kreis Unna nur für die Gemeinden Holzwickede, Bönen und die Stadt Fröndenberg zuständig. Eine Verpflichtung kann sich daher nur auf diesen Bereich und das Anstreben einer Kooperation mit den örtlichen Jugendhilfeträgern beziehen.
- Für die Teilhabe am Arbeitsleben ist der Kreis Unna ebenfalls nicht originär zuständig. Hier kann er lediglich als einer der Träger des Jobcenters auf die in der Kooperationsvereinbarung festgelegten Absichten hinwirken.
- Zur Sozialplanung und vor allem zum lokalen Steuerungs- und Planungsgremium wurden die örtlichen Strukturen und die Arbeitsweise der PSAGs aufgenommen. Dabei wird die Zusammenarbeit mit dem LWL konkreter geregelt und auf eine arbeitsfähige Größe wert gelegt.
- Hinsichtlich des Gesamtplanverfahrens wird die Zusammenarbeit im Rahmen gemeinsamer Fallzuständigkeit und der Einschaltung des SPDI zur Erstellung fachärztlicher Stellungnahmen konkreter geregelt. Darüber hinaus wird klargestellt, dass der Kreis Unna nur mit strukturellen Rahmenbedingungen bei der Wohnungssuche unterstützt.
- Die Vorgehensweise bei der Verhandlung mit Anbietern für Leistungen an Erwachsene, sowie Kinder und Jugendliche wird konkreter beschrieben.
- Für die Leistungen der Hilfe zur Pflege wird auf die entsprechend bestehende eigene Kooperationsvereinbarung Bezug genommen.
- Bei den Hilfen nach § 67 bis 69 SGB XII wurden die bestehenden Angebote erfasst, auf die Delegation der Wohnraumsicherung auf die kreisangehörigen Kommunen verwiesen und die Finanzierungsbeteiligung des LWL mit aufgenommen.
- Im Allgemeinen wurde die Kooperationsvereinbarung auf die aktuellen Zuständigkeitsregelungen angepasst. Im Besonderen trifft dies die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe an Bildung im Bereich der Kinder- und Jugendlichen.

Im Aushandlungsprozess wurden neben dem FB 50 alle beteiligten Organisationseinheiten der Kreisverwaltung (FB 51, FB 53 und die Inklusionsbeauftragte) einbezogen. Der beigefügten Kooperationsvereinbarung haben diese und das Jobcenter Kreis Unna zugestimmt.

Im Vergleich zur altern Vereinbarung von 2011 ist der neue Entwurf hauptsächlich hinsichtlich der einzelnen Leistungen konkreter geworden. Hier bestehen durch das BTHG neue Schnittstellen zwischen den

Kooperationspartnern, andere hingegen sind weggefallen.

Im Vergleich zur alten Vereinbarung wird der Kreis Unna durch den neuen Vereinbarungsentwurf nicht weitergehend verpflichtet. Wie schon die vorherigen Vereinbarungen hat auch die neu abzuschließende Kooperationsvereinbarung hauptsächlich deklaratorische Wirkung.

Anlagen

Kooperationsvereinbarung

Anlage 1- Planungs- und Steuerungsgremien

Anlage 2- Relevante Daten für den Informations- und Datenaustausch nach § 4